

Kassel, 05.10.2009

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.1423 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreterinnen und Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen und Vertreterinnen und Vertreter der AG „Netzwerk gegen Gewalt“ in die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung einzuladen, um über die Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen sowie über die Zweckmäßigkeit von zusätzlichen sicherungstechnischen Maßnahmen in den Kasseler Schulen zu informieren.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen, 101.16.1423, wird **zugestimmt**.

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk
Schriftführerin